

19. Oktober 1970: Information des KGB an das ZK der KPdSU über die Notiz für den Bundeskanzler der BRD, W. Brandt, mit Empfehlungen betreffend die Gespräche zwischen der BRD und der DDR*

Streng geheim

Der Berater des Kanzlers der BRD in außenpolitischen Fragen, Bauer, hat im September d. J. eine Notiz für Brandt mit Empfehlungen betreffend die Gespräche zwischen der BRD und der DDR vorbereitet. Im Folgenden werden die wichtigsten Thesen dieser Notiz wiedergegeben.

Innerhalb der Führung der DDR gebe es keine einheitliche Meinung bei der Bewertung des Vertrags zwischen der UdSSR und der BRD. Ein Teil der Führung stehe dem Vertrag ablehnend gegenüber und glaube, dass sein Abschluss zur Verbreitung von sozialdemokratischen Illusionen unter der Bevölkerung der Republik beitrage. Die DDR habe vor, abzuwarten und zu sehen, ob der sowjetisch-westdeutsche Vertrag ratifiziert werde. In jedem Fall hoffe die Regierung der DDR, daraus für sich Vorteile ziehen zu können: Sollte der Vertrag nicht ratifiziert werden, könne die DDR behaupten, dass sie realistischer in ihrer Einschätzung der innenpolitischen Lage der BRD sei als die Sowjetunion; im Falle einer Ratifizierung des Vertrags, wofür Zeit benötigt werde, gewinne die Führung der DDR ebenfalls Zeit für die Stärkung ihrer innenpolitischen Positionen.

Für die Bundesregierung habe derzeit nicht das Ergreifen der Initiative bezüglich der DDR Priorität, sondern eine Erläuterung der Bedeutung des Vertrags innerhalb des Landes, um dadurch seine Unterstützung durch die westdeutsche Bevölkerung zu erreichen. Im Falle einer positiven Entwicklung der Vier-Mächte-Verhandlungen über Westberlin müsse die BRD innerhalb kürzester Zeit ihre Verhandlungen mit Polen abschließen und unverzüglich Verhandlungen mit der DDR aufnehmen. Die Bundesregierung müsse die Initiative ergreifen und der DDR einen Vorschlag über die Aufnahme von Verhandlungen unterbreiten, die von ihrer Form und bis zu einem gewissen Grade vom Inhalt her mit den Gesprächen zwischen Gromyko und Bahr in Moskau identisch zu sein haben. Dabei müssten dem Vertreter der DDR in Bonn alle protokollarischen Ehren erwiesen werden, wie dies auch die sowjetische Regierung gegenüber Bahr getan habe.

Das Ziel der Verhandlungen zwischen den Vertretern der zwei deutschen Staaten müsse eine vertragliche Regelung von grundsätzlichen Fragen nach dem Vorbild und in Übereinstimmung mit dem Inhalt des sowjetisch-westdeutschen Vertrags sein. Der zwischen den beiden Seiten abgestimmte Vertragstext werde sodann paraphiert und den Regierungen zur Prüfung vorgelegt. Nach der Genehmigung des vereinbarten Textes durch die Bundesregierung habe man zum Abschluss der Verhandlungen ein Treffen der Regierungschefs der BRD und der DDR zu organisieren. Die Bundesregierung müsse sich mit dem Gedanken anfreunden, dass die Vertragsunterzeichnung in der Hauptstadt der DDR stattfinden werde. Diesen Umstand könne man für die Abhaltung eines Treffens von Brandt und Ulbricht nutzen.

Die oben dargelegte Taktik für die Verhandlungen mit der DDR werde es der Bundesregierung erlauben, eine Erörterung sowohl des „20-Punkte-Programms“ von Brandt als auch des von der Regierung der DDR vorgeschlagenen Vertragsentwurfes zu erreichen, ohne dabei weder der einen noch der anderen Seite zu schaden.

* RGANI, F. 5, op. 62, d. 567, S. 110f. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 19. Oktober 1970, Nr. 2842-č, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 34192, 19. Oktober 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-s/7.“ Stempel: „Informationsmaterial, in der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU zur Kenntnis genommen, Sektorenleiter Martynov [Unterschrift], 15D/4, 17./18. November 1970.“ Hs.: „[Unterschrift unleserlich]. 25-s/7. Information auf der Rückseite. [Ins] Archiv, Knjazin, 18. November 1970.“

Angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen in den Bundesländern Bayern und Hessen sowie der darauffolgenden Wahlen in Westberlin sei es für die Bundesregierung überaus wichtig, gegenüber der Bevölkerung die Dynamik und Effektivität der eigenen Politik zu demonstrieren, um mehr Wählerstimmen zu bekommen. Ein für die SPD ungünstiger Ausgang dieser Wahlen könne der Regierung einen irreparablen Schaden zufügen. Unter diesen Umständen stelle die schnelle Regelung des gesamten Themenkomplexes (Ratifizierung des Vertrags zwischen der UdSSR und der BRD, Abschluss der Viermächtegespräche über Westberlin, Abschluss der Gespräche mit Polen, der DDR und der ČSSR) eine zwingende Notwendigkeit dar.

Dem Außenministerium der UdSSR zur Kenntnis gebracht.

Der stellv. Leiter der Ersten Hauptverwaltung des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

Čebrikov¹

¹ Hs. unterzeichnet.